GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Die Frauenfrage und der dünne Firnis der Demokratie in Polen nach 1989

Chouj, Boena

2018

https://doi.org/10.25595/3584

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Chouj, Boena: *Die Frauenfrage und der dünne Firnis der Demokratie in Polen nach 1989*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 27 (2018) Nr: 1, 88–100. DOI: https://doi.org/10.25595/3584.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.08

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Rosenkranz, Barbara, 2017: Zwei Geschlechter sind genug! Internet: https://www.deutschland-kurier.org/zwei-geschlechter-sind-genug/ (4.3.2018).

Solty, Ingar, 2015: Öffentliche Schulbildung, Sexualerziehung und rechter Widerstand gegen kulturelle Liberalisierung: Lassen sich die Bewegung gegen den "Bildungsplan 2015" in Baden-Württemberg und die Bewegung gegen "Common Core" in den USA vergleichen? In: Billmann, Lucie (Ed.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg. Berlin, 30-37.

Wilde, Gabriele, 2014: Der Kampf um Hegemonie. In: Zeitschrift für Politische Theorie. 5 (2), 203-216.

Wimbauer, Christine/**Motakef**, Mona/**Teschlade**, Julia, 2015: Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Eds.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 41-58.

Die Frauenfrage und der dünne Firnis der Demokratie in Polen nach 1989

BOŻENA CHOŁUJ

Polen gehört zu den Ländern der Europäischen Union (EU), die sich mit der Umsetzung der EU-Richtlinien zur Geschlechterpolitik seit dem EU-Beitritt schwer tun, unabhängig davon, welche Parteienkonstellation in der Regierungsverantwortung steht (Zielińska 2002). Grund hierfür ist nicht nur die realsozialistische Vergangenheit, in der die Gleichheit aller als ein programmatisches Prinzip galt, sondern auch die gesellschaftspolitisch dominante Rolle der katholischen Kirche.

Der Einfluss der katholischen Kirche auf Gleichstellungspolitiken in Polen

Die polnische katholische Kirche stellte über Jahrhunderte hinweg die einzige beständige Institution in Polen dar, sei es während der Dreiteilung dieses Landes im 18. Jahrhundert, der beiden Weltkriege oder des von der Sowjetunion oktroyierten politischen Regimes nach 1945. Vor diesem Hintergrund hat seit der politischen Wende von 1989 keine regierungspolitisch ambitionierte politische Partei den offenen Konflikt mit der Kirche riskiert. So ist es kein Zufall, dass die Vorbereitung des Referendums über den EU-Beitritt mit einem Arrangement der damaligen Regierung mit der katholischen Kirche einherging. Anlass waren berechtigte Befürchtungen seitens der Politik, dass die zahlreiche ländliche Bevölkerung nicht für die EU stimmen würde (Hierlemann 2005). Nach Einschätzung der Politiker_innen verfügte einzig die Kirche über die nötige Autorität, um dort Überzeugungsarbeit für den EU-Beitritt leisten zu können. Die Kirche, die die Entwicklung der zweiten Welle der Frauenbe-

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.08

wegung seit den ersten Protesten der Frauen gegen das restriktive Abtreibungsgesetz 1993 intensiv verfolgte, stellte für dieses pro-europäische Engagement allerdings die Bedingung, dass im Falle des EU-Beitritts Polens die Regierung an diesem Gesetz festhalten müsse und dass kein Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern vom polnischen Parlament verabschiedet werden dürfe (ebd., 228ff.). Frauenfragen wurden zum wichtigsten Verhandlungsobjekt zwischen den zwei Machtzentren in Polen, der Regierung und der Kirche.

So wurde der EU-Beitritt Polens im Jahre 2004 auf Kosten der Frauen und trotz ihrer Proteste auf nationaler und internationaler Ebene durchgesetzt. Dazu konnte es unter anderem auch deswegen kommen, weil die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter zu dieser Zeit eine weiche Richtlinie der EU war, eigentlich eine bloße Empfehlung. Davon zeugt etwa die Reaktion der damaligen Kommissarin für Arbeits- und Sozialpolitik der EU, Anna Diamantopoulo, auf einen Brief von 100 prominenten Polinnen, die sich über die Ausgrenzung der weiblichen Hälfte der Gesellschaft aus den Demokratisierungsprozessen in Polen beklagten (Fuszara 2004). In einem wenig bestärkenden Antwortschreiben wies Diamantopoulo auf die Paragraphen zur „Anerkennung der kulturellen Eigenheit" der EU-Mitgliedsstaaten hin und auf ihr Recht, kulturelle Besonderheit abzusichern (Chołuj 2003, 220ff.): „I realize that this interpretation can vary among Member States depending on different philosophical, moral or legal approaches and on diverse national cultures which are essential towards building Europe." (Ebd., 224) „Diverse" und Diversity wurden in den Augen der Polinnen zu Worten, mit denen in der EU im Verhandlungsverfahren zur EU-Erweiterung nicht nur Problemen der Fremdheit, sondern auch des Andersseins ausgewichen wurde. Die Anerkennung der kulturellen Eigenheit im internationalen Kontext bedeutet zwar die Anerkennung der Vielfalt, was zur Entspannung internationaler Beziehungen beitragen kann; dies führt gleichzeitig aber dazu, dass Differenzen innerhalb dieser Kulturen nicht beachtet werden. Seitens der EU bestand also keine Bereitschaft, sich mit den negativen Effekten dieser Differenzen für Frauen innerhalb Polens auseinanderzusetzen.

Die Geschichte des Briefes der 100 Frauen zeigt, wie das positiv Gemeinte den Weg zu Veränderungen versperrte. Diamantopoulos Antwort betonte einerseits die Unantastbarkeit der Kulturen, andererseits war sie auch ein Beweis dafür, wie unscharf Diversity oder kulturelle Eigenheit als Begriffe sein können und wie mangelhaft das Bewusstsein seitens der EU für den Zusammenhang zwischen dem Zustand der Demokratie und der Situation der Frauen in einem Land war.[1] Die Überstrapazierung dieser Worte wirkte auf die engagierten Polinnen als Verharmlosung der Probleme und Konflikte, die sich aus den in nationalen Traditionen verankerten Ungleichheiten ergeben. Auf nationaler Ebene stießen die Proteste von Frauen nämlich kaum auf Reaktionen. Ministerpräsident Leszek Miller von der Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD, Allianz der Demokratischen Linken), der Nachfolgepartei der bis 1989 herrschenden Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (PZPR, Vereinigte Arbeiterpartei Polens), verwies direkt nach seinem Amtsantritt auf den notwendigen „politi-

schen Pragmatismus“, der ihm die Einlösung gewisser Wahlversprechen unmöglich mache. Damit enttäuschte er all jene engagierten Frauen, die eine Frauenwahlkoalition (Przedwyborcza Koalicja Kobiet, PKK) zur Unterstützung von Kandidatinnen bei den Sejm-Wahlen 2001[2] gegründet hatten, aus der letztlich Millers Partei als Sieger hervorging. Diese Koalition hat dazu beigetragen, dass der Anteil der weiblichen Abgeordneten von 13% auf 21% stieg. Der EU-Beitritt Polens wurde daher keine Zäsur für die Bekämpfung der traditionellen Doppelbelastung der Frauen, die bis heute nicht nur aus Berufstätigkeit und Familienversorgung besteht, sondern auch mit dem Topos der Matka Polka (Mutter Polin) zusammenhängt, also mit nationalkirchlichen Idealen (Chołuj 2014, 64ff.).
Die Folgen der oben erwähnten Verhandlungsprozesse zwischen der katholischen Kirche und der polnischen Regierung führten dazu, dass bis dato weder das Abtreibungsgesetz liberalisiert, noch das Gleichstellungsgesetz zur Verbesserung der Situation der Frauen in Polen verabschiedet worden ist. Letztlich stehen die Rechte der Polinnen trotz der EU-Mitgliedschaft Polens immer noch zur Disposition, was bei jedem Wahlkampf und jedem Regierungswechsel in diesem Land zu beobachten ist. Jedem Regierungswechsel folgt zum Beispiel eine Änderung des Namens und der ideologischen Ausrichtung des Amtes des Bevollmächtigten für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Im Zeitraum zwischen 1986 und 2016 war dies acht Mal der Fall, und diese Funktion haben insgesamt zehn Personen unterschiedlicher politischer Couleur erfüllt (Klejdysz 2016). Nur wenige – Jolanta Banach, Izabela Jaruga-Nowacka, Magdalena Środa und Małgorzata Fuszara –haben sich tatsächlich für die Gleichstellung von Frauen und Männern engagiert.

Verlorene Chancen auf einen Wandel der Geschlechterverhältnisse

Der Fall Polens bestätigt eine Prognose von Luce Irigaray, die 1984 schrieb: „Die sexuelle Differenz stellt eine der Fragen oder die Frage dar, die in unserer Epoche zu denken ist.“ (Irigaray 1991/1984, 11) Diese Differenz ist mittlerweile tatsächlich zu einem großen Politikum geworden. Während in den alten EU-Ländern die Gender Mainstreaming-Richtlinien umgesetzt und Antidiskriminierungsmaßnahmen ergriffen werden, versuchen die Regierungen in den sogenannten neuen EU-Ländern, insbesondere in Polen, diese Differenz nach dem traditionellen Zweigeschlechter-Modell zu festigen. Sie ist in Polen in diesem Sinne nicht nur umkämpft, sondern wird in den Wahlkampagnen auch dergestalt instrumentalisiert, dass Wahlversprechen zur Einführung von Geschlechtergleichheit formuliert, nach dem Sieg jedoch wieder zurückgezogen werden. Dies zeugt davon, dass in Polen bislang kaum von jenem Denkwandel zu sprechen ist, von dem Irigaray in Bezug auf die Geschlechterproblematik schreibt und der mit den Debatten um das Abschlussdokument „Plattform for Action“ der IV. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Bejing 1995 in Gang gesetzt wurde. Denn hier verpflichteten sich alle 189 Unterzeichnerstaaten die Situation von Frauen zu verbessern. Gegen dieses Dokument protestierte nur die

Vatikan-Delegation in Koalition mit den islamischen Ländern. Besonders problematisch fanden die Gegner darin das Wort Gender, da es mehr als zwei Geschlechter umfasst und dadurch die göttliche Geschlechterordnung gefährde. Der Begriff wurde jedoch beibehalten und begann in der Folge an politischer Brisanz zu gewinnen. Solange es geschlechterpolitisch auf nationaler Ebene nur um Fragen innerhalb des heteronormativen Modells ging, gab es keine größeren Proteste. Mit der Umsetzung der Gender Mainstreaming-Richtlinien der EU sollte in erster Linie der Prozess der Gleichstellung von Männern und Frauen in den Mitgliedsstaaten beschleunigt werden, wofür die EU-Kommission im Amsterdamer Vertrag 1997 die Grundlagen gelegt hatte: Die Förderung der Gleichheit von Frauen und Männern wurde festgeschrieben wie auch die Verpflichtung zur Beseitigung von Geschlechterdiskriminierung. Und obwohl die EU-Richtlinien zur Gleichstellung der Geschlechter *Gender*-Mainstreaming genannt wurden, umfassten sie Rechtsvorschriften, Sensibilisierungskampagnen, Finanzierungsprogramme und jegliche Maßnahmen nur in Bezug auf zwei Geschlechter, Männer und Frauen. Eine solche Umsetzung des Gender Mainstreaming (GM) veränderte daher nicht die bisherige Wahrnehmung der Geschlechterverhältnisse. Die Versuche, Identitäten und sexuelle Orientierungen jenseits von Heteronormativität anzuerkennen, stießen allerdings auf negative Reaktionen. Während jedoch in den alten EU-Ländern gesetzliche Veränderungen zugunsten von Homosexuellen durchgesetzt werden konnten, werden sie in den neuen EU-Ländern für eine Zerstörung der bisher für natürlich bzw. gottgewollt gehaltenen Ordnung betrachtet und aufs heftigste bekämpft. Da die Geschlechtergerechtigkeit in diesen Ländern jahrelang nicht auf der politischen Agenda stand, hinterließen die Anti-Gender-Kampagnen gegen die sogenannte Gender-Ideologie, die in den Jahren 2012-2014 durch Europa gingen (Hark/Villa 2015), in ihnen viel größere Spuren, als in den alten EU-Ländern. In Polen führte die Anti-Gender-Bewegung sogar dazu, dass Gender nicht nur als Angriff auf Traditionen und bislang gelebte Lebensmodelle angesehen, sondern die Gleichheit der Geschlechter nach den GM-Richtlinien auch als Grundlage für eine unstatthafte Frühsexualisierung der Kinder ausgelegt wird. Die Erkenntnis, dass man in der Aufhebung der Grenze zwischen Natur und Kultur im Sinne Judith Butlers (1991) eine Chance auf Korrektur der Geschlechterungleichheit sehen könnte, überzeugt hier mittlerweile nur mehr einen kleinen Kreis von Gender-Spezialist_innen. Butler hat also mit ihrem Gender-Begriff politisch viel heftiger ins Schwarze getroffen als ihre Vorgänger_innen, die lediglich zwischen Gender als dem sozialen Geschlecht und Sex als dem biologischen unterschieden haben, wie etwa John Money (Schmidt 2009), Gayle Rubin (2003), Harold Garfinkel und Erving Goffman (Kotthoff 2003) oder Joan W. Scott (1994). Die Einsicht, dass das Zweigeschlechter-Modell zur Disposition gestellt werden muss, wenn man diskriminierende Praktiken beseitigen will, erschütterte nicht nur die Forschungstradition in unterschiedlichen Disziplinen und die feministischen Positionen der zweiten Welle der Frauenbewegung, sondern auch die bisherige Geschlechterpolitik, die sich vornehmlich auf zwei Geschlechter bezog.

Folgen der Vernachlässigung der Frauenfrage

Der Druck seitens der EU auf Polen in Sachen Umsetzung des GM in die politische Praxis wurde zum ersten Mal stärker, als Donald Tusk von der Platforma Obywatelska (PO, Bürgerplattform) das Amt für die Gleichstellung, das die rechts-konservative Regierungspartei Prawo i Sprawiedliwość (PiS, Recht und Gerechtigkeit) in ihrer Regierungszeit 2005-2007 aufgelöst hatte, nach seinem Amtsantritt nicht reaktivierte. Erst ein Jahr später, als bekannt wurde, dass Polen für diese Vernachlässigung finanzielle Sanktionen drohen, ernannte er Elżbieta Radziszewska zur Beauftragten für Gleichbehandlungsfragen bezüglich Geschlecht, Rasse, Herkunft, Disability, Nation, Religion und sexueller Orientierung. Das tat er trotz der ausdrücklichen Ablehnung dieser Kandidatur von Frauen-NGOs, als läge ihm daran, eine Person auszuwählen, die für diese Aufgabenfelder kaum Kompetenz hat, was sich auch bestätigt hat. Obwohl angekündigt, schaffte es Radziszewska nicht, ein Antidiskriminierungsgesetz vorzubereiten. Deswegen folgte 2010 die zweite Mahnung der EU, worauf die Regierung beschloss, nur die Richtlinie 2006/54/WE und 2000/78/WE zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz einzuführen (Klejdysz 2016, 38).

Während die liberale PO-Regierung auf die EU-Kritik ihrer Geschlechterpolitik zwar unzureichend, aber immerhin mit kleinen Veränderungen reagierte, besetzte die PiS-Partei dieses Amt nach ihrem nächsten Wahlsieg von 2015 auch nicht umgehend. Dies geschah nicht nur, weil Verstöße gegen die GM-Richtlinien schon in ihrer ersten Legislaturperiode (2005-2007) nicht sanktioniert wurden, sondern auch, weil sie Tusks spätere Vorgehensweise genau beobachten konnte. Erst im Laufe des Jahres 2016 wurde Adam Lipiński zum neuen Gleichstellungsbeauftragten ernannt, der nun für Zivilgesellschaft und Gleichbehandlung zuständig ist, aber im Grunde eine ähnlich symbolische Rolle spielt wie Elżbieta Radziszewska in der vorherigen Regierung. Die Tatsache, dass dieses Amt in einer rudimentären Form noch existiert, verweist allerdings darauf, dass der Druck durch Ankündigung finanzieller Sanktionen durch die EU wirkt. Dies verhindert freilich nicht, dass Geschlechterpolitik eben vor allem im Rahmen der Familienpolitik umgesetzt wird.

Da in Polen seit 1989 kein mehrheitsfähiger politischer Wille besteht, die Situation der Frauen grundsätzlich zu verbessern, nimmt es nicht Wunder, dass Polinnen im Zuge des Transformationsprozesses nicht nur das Entscheidungsrecht in Fragen der Abtreibung, sondern auch andere Privilegien verloren, die sie vor der Wende von 1989 in Anspruch nehmen konnten, wie z.B. einen Mutterschaftsurlaub bis zu zwölf Jahren mit Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz. Auch wenn dieses Recht auch auf Grund der sich durchsetzenden neoliberalen Marktwirtschaft in weite Ferne rückte, lässt sich der Verlust in Kombination mit der Einführung des restriktiven Abtreibungsgesetzes (1993) vor allem als ein deutliches Zeichen für eine Einschränkung der Beteiligung von Frauen am Arbeitsleben und am Demokratisierungsprozess in Polen verstehen. Ihre Stimmen in Frauenfragen wurden von den Regierungen

schlicht ignoriert. Ihre Petitionen, Straßendemonstrationen, Proteste und Vorschläge für Gesetzentwürfe blieben ohne jegliche Reaktion seitens der staatlichen Institutionen. Das Gleichstellungsgesetz wurde sowohl 1996 als auch 1997 durch das Parlament abgelehnt. Lediglich der Frauenkongress 2009 konnte einen wichtigen Erfolg erzielen:[3] Auf seine Forderungen hin kam es 2011 zu einem Quoten-Beschluss im Sejm, demgemäß in alle Wahllisten auf allen politischen Wahlebenen mindestens 35% Frauen aufgenommen werden müssen.[4] Diese Entscheidung ist weniger der frauenfreundlichen Politik der polnischen Parteien zu verdanken, als vielmehr deren Erkenntnis nach dem Kongress, dass Frauenstimmen bei Wahlen genauso viel zählen wie die von Männern.[5] Da aber auch weiterhin die GM-Richtlinien in Polen nicht umgesetzt wurden, stellte der Frauenkongress 2011 ein Schattenkabinett zusammen, dessen Mitglieder namhafte Frauen waren und sich bereit erklärten, jederzeit Regierungsämter in allen Ministerien zu übernehmen. Der Kongress als eine Fraueninitiative von unten ist inzwischen eine politisch-soziale Bewegung geworden, die nicht nur zentral tagt, sondern auch regionale Initiativen organisiert.

Vom Antifeminismus zum Antigenderismus

Die katholische Kirche trat nach der IV. Weltfrauenkonferenz 1995 verstärkt gegen Feminismus auf (Chołuj 2015). Als sie sich – wie bereits erwähnt – der Anti-Gender-Kampagne in Europa anschloss, änderte sie ihre Einstellung zum Feminismus der ersten Frauenbewegung. Deren Differenzfeminismus, in dem Zweigeschlechtlichkeit eine zentrale Rolle spielt, erwies sich nun, angesichts von Gender, Trans und Queer, als geradezu akzeptabel und brauchbar. Er konnte in die neue Strategie der Kirche aufgenommen werden, mit der sie gläubige Frauen für ihre Anti-Gender-Kampagne gewinnen konnte. Sie organisierte diese und unterstützte aktiv alle Pro-Life-Aktivitäten. Ursprünglich hatte diese Art der Frauenförderung seitens der Kirche harmlos ausgesehen und wurde von feministischen Frauenorganisationen als ein Pfad der Zivilgesellschaft wahrgenommen. Doch im Zuge der Anti-Gender-Kampagne wurden viele kirchennahe Frauen zu militanten Akteurinnen.

Es nimmt nicht Wunder, dass sie sich in der Atmosphäre der Bedrohung durch die Infragestellung der Zweigeschlechtlichkeit und der traditionellen Geschlechterordnung für diese Kampagne engagieren. Und obwohl ihnen seit Jahren der sogenannte Neue Feminismus Johannes Pauls II. angeboten wurde, griffen sie auf diesen erst zurück, als die katholische Kirche in Polen ihnen mit der Akzeptanz der ersten Frauenbewegung grünes Licht gegeben hatte. Bei der Bekämpfung der ‚Gender-Ideologie' bekamen gläubige Frauen von dieser Kirche nicht nur einen bis dato nicht erlebten Freiraum für Aktivitäten eingeräumt, sondern auch eine nie zuvor gekannte Anerkennung. Der von Papst Johannes Paul II. gepriesene Genius der Frauen, der sich in ihrer Fähigkeit, Kinder zu gebären, offenbare, brachte sie in die Nähe der heiligen Maria, aber nicht mehr an die Leidende, sondern an die Leitfigur, die sich im Kampf ums ungeborene Leben stark macht. Auf Grund dieser Aufwertung strebten die gläu-

bigen Frauen nicht mehr nach einer Gründung von eigenen, kirchenunabhängigen Organisationen, was zur Folge hatte, dass sich in Polen keine katholische Frauenbewegung entwickeln konnte, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter in der Kirche einsetzt (Staśkiewicz 2018). An der aggressiven Anti-Gender-Kampagne von 2012 und an der bis heute ausbleibenden katholischen Frauenbewegung in Polen ist erst im Nachhinein zu erkennen, in welchem Maße die Kirche als Akteurin in den Machtkonstellationen des Transformationsprozesses die gläubigen Frauen instrumentalisieren konnte. Das, was aus der Außenperspektive der EU irrtümlicherweise für eine kulturelle Eigenheit Polens oder dessen verzögerte Modernisierung gehalten oder als solche anerkannt wurde, erwies sich – mit Hilfe von Frauen – als hochpolitischer Kampf um die Aufrechterhaltung der zentralen Position der Kirche, in einem Staat, in dem allem äußeren Anschein nach seit 1989 mannigfache Säkularisierungsprozesse überraschend schnell fortschreiten.

Das Engagement im Kampf gegen die ‚Gender-Ideologie' fiel den treuen Kirchgänger_innen 2012 nicht schwer, nicht zuletzt indem die Kirche und kirchennahe Aktivist_innen das Konzept Gender mit fachfremden Bedeutungen besetzen. Da Geschlecht in diesen Kreisen in enger Verbindung mit Sexualität gesehen wird, reichten einige Hinweise darauf, damit sich viele betroffen fühlten. Die kirchlich ‚Aufgeklärten' nahmen den ‚Schutz' der Kirche vor dem ‚innovativen Denken' über die Geschlechterproblematik dankbar an (Staśkiewicz 2018). Die Umdeutung des Gender-Konzeptes zu einer ‚Gender-Ideologie' unterstützen selbst einige Akademiker_innen durch Publikationen, Workshops und Konferenzen, wie etwa der Jurist Aleksander Stępkowski an der Universität Warschau (Stępkowski 2014, 114ff.). Das intelligible Geschlechtersystem erwies sich im zeitgenössischen Denkzwang so fest mit der Geschlechterdifferenz verbunden (Fleck 1980), dass die nur vereinzelt an polnischen Universitäten[6] wirkenden Gender Studies nicht im Stande waren, daran grundlegend etwas zu ändern.

Der Begriff ‚Gender-Ideologie' hat als Negativfolie zur Gleichstellungspolitik seinen Ursprung im Vatikan. Im Jahr 2000 sprach der „Päpstliche Rat für die Familie" zuerst von einer „gewissen Ideologie" und empfahl, diese „eingehenden" Untersuchungen zu unterziehen. In einer Anmerkung wird in der Schrift auf arbiträre Art und Weise die Geschichte dieser vermeintlichen Ideologie konstruiert:

> Sowohl der Marxismus als auch der Strukturalismus haben in unterschiedlichem Maß zur Gender-Ideologie beigetragen. Maßgeblich beeinflusst wurde sie von den Postulaten Wilhelm Reichs (1897-1957) (Die sexuelle Revolution) und Herbert Marcuses (1898-1979). Reich rief zur sexuellen Freizügigkeit auf und Marcuse zum „Ausprobieren" aller sexuellen Möglichkeiten (auf der Grundlage eines sexuellen Polymorphismus von unterschiedslos „heterosexueller" – das heißt natürlicher sexueller – oder „homosexueller" Ausrichtung, losgelöst von der Familie und von jedem natürlichen Finalismus der geschlechtlichen Differenzierung sowie von jedweder Hemmung durch eine verantwortliche Elternschaft). Der radikale und extremistische Feminismus, wie ihn bekanntlich Margaret Sanger (1879-1966) und Simone de Beauvoir (1908-1986) vertraten, ist keinesfalls als eine Randerscheinung dieses historischen Prozesses der Verfestigung einer Ideologie zu

> betrachten, nach der „Heterosexualität" und Monogamie nur als mögliche Formen sexueller Praxis zu betrachten sind. (Päpstlicher Rat für die Familie 2000)

Der Begriff ‚Gender-Ideologie' ist in Polen zu einem Kampfinstrument geworden (Chołuj 2014), mit dem die Kirche die Ängste der Bevölkerung vor der vermeintlichen Auflösung der Geschlechterdifferenz durch die Umsetzung der GM-Richtlinien der EU schürte. Sie verwies auf die Bedrohung der Kinder, die unter dem Deckmantel der Sexualaufklärung und der Geschlechtergleichheit sexualisiert würden. Viele Eltern wurden so stark verunsichert, dass sie die rechte PiS-Partei noch vor den Wahlen unterstützten, weil diese Gender nicht nur bekämpfte, sondern die ‚polnische Familie' überhaupt unter ihre besondere politische Obhut nahm.

Antidemokratische Maßnahmen der PiS-Regierung

Im Zuge dieser Anti-Gender-Aktionen wurde die Öffentlichkeit durch die heftigen Debatten stark polarisiert, wodurch es der kirchentreuen populistischen PiS bei den Parlamentswahlen 2015 gelang, ihre potenzielle Wähler_innenschaft effizient zu mobilisieren. Sie galt längst als EU-kritische politische Stimme im Lande, die die ‚polnische Nation' vor fremden Einflüssen schützen will. Im Wahlprogramm wandte sich die PiS vor allem an niedrig qualifizierte, schlecht verdienende und arbeitslose Transformationsverlierer_innen, die somit das erste Mal seit 1989 wieder eine politische Wertschätzung erfuhren. Die Wahlversprechen umfassten finanzielle Hilfen für alle bisher Benachteiligten, u.a. das Kindergeld von 500 Zloty (etwa 125 EUR) pro Kind (ab dem zweiten Kind), was angesichts eines gesetzlichen Mindestlohns von ca. 2.000 Zloty eine erhebliche Summe darstellt. Da die Familie durch die Anti-Gender-Kampagne ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rückte, hat die PiS-Partei mit ihrem Wahlvorschlag von 2015 ins Schwarze getroffen. Sie unterlegte ihr Wahlprogramm mit nationalistischer Rhetorik und setzte den Hauptakzent auf den *polnischen* Charakter der durch die EU und deren ‚Gender-Ideologie' bedrohten Familie. Alle diese Wahlversprechen werden entgegen den Erwartungen realisiert, indem ‚Hindernisse' jeglicher Art, wie institutionelle demokratische Entscheidungsprozesse im Rahmen der Gewaltenteilung oder Warnungen vor den negativen ökonomischen Folgen einer überdimensionierten Sozialpolitik, missachtet und Gesetze zur Realisierung dieser Versprechen im Eiltempo verabschiedet werden, oft nachts und in Abwesenheit der Opposition.

In Gender-Fragen intensiviert die Kirche ihr Engagement dahingehend, positive Identifikationsangebote an Männer und Frauen zu richten. Sie bietet Kurse für Männer an, in denen sie an ihrer Männlichkeit arbeiten sollen, indem sie entweder Heilige nachahmen, wie in der Organisation „Männer des Heiligen Josef" (Mezczyzny), oder indem sie ihre Stärken in gemeinsamen Übungen festigen, u.a. beim Survival-Training. Außerdem entwickeln sich zurzeit in Polen recht intensiv die katholische Psychotherapie für beide Geschlechter sowie christliche Meditationskurse. All das hätte in einer demokratischen Zivilgesellschaft seine Existenzberechtigung.

Diese Formen der Männlichkeits- und Weiblichkeitsbildung aber haben System. Es geht dabei um die Stärkung der binären Geschlechterrollen in der Bindung an die Nation, was den Charakter einer Vorbereitung der Bevölkerung auf die Abschottung von ausländischen Einflüssen zu haben scheint. Da die PiS-Regierung in der Sozialpolitik effektiv handelt und damit die fahrlässigen Vernachlässigungen vormaliger Regierungen aufarbeitet, erhält sie einen gesellschaftlichen Zuspruch, der an nationalen Feiertagen in Form von großen Demonstrationen mit stark nationalistischer Färbung zum Ausdruck kommt. Die Opposition ist derweil weder imstande, gegen die De-Facto-Lahmlegung des Verfassungsgerichts durch die PiS wirksam zu handeln, noch die staatlichen Medien gegen Ideologisierung zu verteidigen. Auch gegen die Untergrabung der Gewaltenteilung durch die sukzessive Unterwerfung der Gerichtsbarkeit durch die Exekutive gelang bislang kein wirkungsvoller Protest. Vor diesem Hintergrund lässt sich sagen, dass demokratische Institutionen in Polen nicht deshalb erodieren, weil sich der Populismus etabliert, sondern umgekehrt, die Basis für die autoritär-populistischen Regierungstechnologien entstand, als die Zahl der Transformationsverlierer_innen eine kritische Masse erreicht hatte. Die radikale Wende zum Klerikal-Konservatismus in der polnischen Politik ist nicht zuletzt dadurch zustande gekommen, dass die Demokratie eine halbe Demokratie geblieben ist, was bei der EU-Osterweiterung ausgeblendet wurde.

Diese mangelhafte Demokratie weist zwar innovative Räume auf, die allerdings nur mit Absicherung von konkreten Maßnahmen zu festigen wären. Deren Vernachlässigung führte zur Reaktivierung von Traditionalismus und Konservatismus. Dies wiederum bewirkte, dass die beim Konflikt um das Verfassungstribunal entstandene Protestbewegung Komitet Obrony Demokracji (KOD, Komitee zur Verteidigung der Demokratie) insgesamt nur wenig durchschlagskräftig bleibt.[7] Die PiS hat trotz KOD-Protesten ihr Verhalten in Bezug auf das Verfassungsgericht in keinerlei Hinsicht geändert.[8] Auch die zaghaften Interventionen der EU-Kommission beeinflussen die Entscheidungen der jetzigen Regierung nicht. Allein auf Stimmungslagen in der Bevölkerung achtet die PiS-Regierung, weil, so ist zu vermuten, davon ihre Popularität bei den nächsten Wahlen abhängt. Ein Beispiel dafür ist ihr Umgang mit einem von der ultra-konservativen Bewegung Pro-Life durch Unterschriftensammlung in den Sejm eingebrachten Gesetzentwurf zur Verschärfung des ohnehin sehr restriktiven Abtreibungsrechts. Parallel zu dieser Initiative entstand 2016 auch ein Gegenentwurf zur Liberalisierung des Rechts auf Abtreibung, der nicht nur von Feministinnen, sondern darüber hinaus von breiteren Bevölkerungsgruppen unterstützt wurde. Entsprechend der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse nahm der Sejm den konservativen Entwurf in erster Lesung an und leitete ihn zur weiteren Beratung in den Parlamentsausschuss weiter, wohingegen der liberale Entwurf abgelehnt wurde. Dies führte am 3. Oktober 2016 zu einer Reihe von Protestdemonstrationen in allen größeren Städten Polens unter dem Motto Ogólnopolski Strajk Kobiet (Allpolnischer Frauenstreik), auch Schwarzer Montag genannt. Der Name bezieht sich auf die schwarze Kleidung der Protestierenden. Beteiligt an diesem größten zivil-

gesellschaftlichen Protest seit Beginn der PiS-Regierung waren sowohl Frauen als auch Männer, Menschen aus unterschiedlichen Milieus und unterschiedlichen Alters. Die Regierung lenkte letztlich ein, die geltende Rechtslage wurde beibehalten.[9] Die offizielle Interpretation dieses Vorgangs von konservativer Seite lautet, dass die Regierung auf die Stimme des Volkes höre. Parallel dazu gab es allerdings staatsanwaltliche Ermittlungen gegen die Organisatorinnen des Schwarzen Montags. Da diese nicht zu identifizieren waren, weil sich unzählige Personen als federführend gemeldet hatten (in Danzig allein waren es 4.000 Personen), gab es letzten Endes kein gerichtliches Verfahren.

Resümee

Frauenpolitische Fragen und die Geschlechtergleichheit dienen der PiS-Regierung in der aktuellen Legislaturperiode zur Auslotung der Grenzen der Durchsetzbarkeit ihrer erzkonservativen Agenda; jeder Konflikt darum ist gleichsam ein Lackmustest für die Widerstandskraft von Polens Zivilgesellschaft. Gesetzesänderungen gegen den Willen breiter Bevölkerungsgruppen durchzusetzen, könnte sich für die PiS-Regierung bei den nächsten Wahlen verhängnisvoll auswirken. Daher agiert sie in einem Rahmen der allgemeinen Unzufriedenheit, d.h. in all jenen Bereichen, die bisher von anderen Parteien vernachlässigt oder nicht zufriedenstellend reformiert wurden, wie das Schul- und Hochschulwesen, das Rentensystem, die Sozialpolitik und das Gerichtswesen. Es bedeutet nicht, dass diese Bereiche unter der PiS-Regierung unbedingt besser funktionieren, aber sie nimmt sich, wenn auch nur symbolisch, in öffentlichen Reden oder durch Verteilung von Geldern ihrer an, was insbesondere – wie Umfragen etwa des Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung (Centrum Badania Opinii Społecznej, CBOS) zeigen – die sozial schwachen Gruppen der Gesellschaft stark zu beeindrucken scheint.

Die propagandahafte Begleitung dieser Reformen durch die auf Regierungslinie gebrachten staatlichen Medien dienen einem komplexitätsreduzierenden politischen Narrativ, das nicht nur in dezidiert konservativen Kreisen, sondern auch bei den vielen Desorientierten und Verunsicherten Anklang findet. Da auch die finanziellen Gewinner_innen der Transformation nach 1989 bislang von der PiS ökonomisch nicht entscheidend eingeschränkt werden, protestieren auch sie meist nicht gegen diese Reformen. Die Auflehnung gegen die Schleifung des demokratischen Rechtsstaates hält sich ohnehin in Grenzen. Hier scheint die EU der einzig relevante Gegenspieler der PiS zu sein.

Timothy Snyder (2017) schreibt in seinem Essay „Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand", dass global ein Paradigmenwechsel politischer Machtstrategien zu beobachten sei, in dem es darum gehe, Angst politisch zu instrumentalisieren. Nun wird auch in Polen vor dem Unbekannten, dem ‚Anderen' gewarnt und die Verunsicherung zur gesellschaftlichen Disziplinierung benutzt. Feindbilder werden nicht nur weiterhin gepflegt, sondern auch von Zeit zu Zeit gewechselt, um das Le-

vel der gefühlten Schutzbedürftigkeit bei den Wähler_innen stabil zu halten; eine Strategie, die vor 2015 in Polen nicht zum Repertoire von Regierungen gehörte. Auf die Anti-Gender-Kampagne folgte die Verteufelung von Flüchtlingen, jenen sogenannten ‚fremden Anti-Christen', die eine ähnliche Angst einjagende Funktion erfüllen soll.

Die polnische Regierung macht also in vollen Zügen Gebrauch von jenem Recht auf kulturelle Eigenheit, von welchem vor gut 15 Jahren EU-Kommissarin Diamantopoulo schrieb, als sie die Hinweise der polnischen Frauen auf fundamentale Demokratiedefizite in ihrem Land zurückwies. Bei der großen EU-Beitrittsrunde im Jahre 2004 spielte die Marktöffnung offensichtlich eine weit wichtigere Rolle als gesellschaftspolitischer Fortschritt. Dementsprechend hat Polen heute gute ökonomische Kennzahlen, doch die Demokratie wird immer defizitärer. Fast 30 Jahre wirtschaftlicher Aufholprozess unter neoliberalen Bedingungen und ein zunehmend selbstbezogener Politikbetrieb haben zu mentaler Erschöpfung geführt. Bei den Parlamentswahlen von 2015 gaben gerade einmal 50% der wahlberechtigten Bürger_innen ihre Stimme ab, wovon der PiS – aufgrund einer zersplitterten und erfolglosen Linken – 36% ausreichten, um in beiden Kammern des Parlaments eine knappe absolute Mehrheit zu erzielen. Auf dieser Basis und gemeinsam mit einem ebenfalls zum PiS-Lager gehörenden Staatspräsidenten sowie einer omnipräsenten katholischen Nationalkirche, sollen gesellschaftliche Emanzipationsprozesse – wie die Geschlechtergleichheit – verhindert und mitunter sogar rückgängig gemacht werden.

Anmerkungen

1 In Brüssel wurde erst am 6. Juni 2002 der „Report on Sexual and Reproductive Health and Rights (2001/2128 (INI))" vom Committee on Women's Rights and Equal Opportunities vorgestellt, was in Polen als eine verspätete Reaktion auf die Protestaktion der polnischen Frauen verstanden wurde. Die Frauen aus dem EU-Parlament appellieren darin an die Länder mit restriktiven Abtreibungsgesetzen, diese zu liberalisieren.

2 Der Sejm ist das polnische Unterhaus und neben dem Senat (Oberhaus) eine der beiden Kammern im polnischen Parlament.

3 Die bisherigen Frauenkongresse fanden in Warschau statt. Da es unter der PiS-Regierung immer schwieriger wird, einen Raum für diese große Veranstaltung zu mieten, fand der Frauenkongress 2017 in Posen auf Einladung des liberalen Bürgermeisters Jacek Jaśkiewicz statt. Um diesem Kongress Aufmerksamkeit zu entziehen, haben konservative Kreise die Allpolnische Pilgerfahrt der Landfrauen (Koła Gospodyń Wiejskich) und anderer ländlicher Zusammenschlüsse auf denselben Zeitraum verlegt, unter Schirmherrschaft von Präsident Andrzej Duda und seiner Frau, Ewa Duda. Auf diese Weise vermied die Frau des Präsidenten ihre Teilnahme an dem Frauenkongress. Bisher hatten die Frauen aller bisherigen Präsidenten an diesem Kongress teilgenommen.

4 Der Paritäts-Gesetzesentwurf des Frauenkongresses, für den 150.000 Bürger_innen ihre Unterschrift gegeben hatten, wurde 2011 im Sejm mit einer Änderung der Quote von 50% auf 35% reduziert (Fuszara 2014).

5 Der Kongress gewann 2007 sogar die Ehefrau von Präsident Lech Kaczyński, Maria Kaczyńska, für einen Appell an die polnischen Abgeordneten, gegen die geplante Änderung der polnischen Verfassung zu stimmen, die ein komplettes Abtreibungsverbot ermöglichen

würde. Sie hat diesen Appell unterschrieben, trotz der Empörung klerikaler Kreise, insbesondere in Person des erzkonservativen Paters Tadeusz Rydzyk, Direktor des einflussreichen Redemptoristen-Senders Radio Maryja.

6 Sie sind immer noch, wenn auch mit Unterbrechungen, mit ihren Curricula an den Universitäten in Warschau, Krakau, Posen, Danzig, Lodz und Thorn präsent, gehören jedoch immer noch nicht zum festen Repertoire der akademischen Ausbildung.

7 Der Name knüpft an die Tradition des KOR (Komitet Obrony Robotników), des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter an. KOR entstand in den 1970er-Jahren zur Unterstützung der Familien von Arbeitern, die nach massiven Protesten gegen die damalige Regierung der Volksrepublik Polen verhaftet worden waren.

8 Viele haben eine kritische Äußerung des polnischen Episkopats zum Thema des Streits um das Verfassungstribunal erwartet, die aber ausgeblieben ist. Priester Adam Boniecki, der wegen seiner kirchenkritischen Aussagen, darunter auch über Priester Rydzyk, zu sechs Jahren Schweigepflicht gegenüber den Medien verpflichtet wurde, sagt in einem seiner ersten Interviews nach dieser Zeit, dass dieses Schweigen seitens des Episkopats das Vertrauen der Bevölkerung zur Kirche stark beeinträchtigt habe (Boniecki 2017, 15).

9 Das bisherige Recht auf Abtreibung haben Frauen nach Vergewaltigung, sexuellem Missbrauch und bei Missbildung des Fötus sowie bei der Gefährdung der Gesundheit der Mutter durch die Schwangerschaft.

Literatur

Boniecki, Adam, 2017: Wierzę w Kościół powszechny. Nie wierzę w Konferencję Episkopatu Polski. Wywiad. (Ich glaube an die universelle Kirche. Ich glaube nicht an die Konferenzen des Polnischen Episkopats. Ein Interview). In: Gazeta Wyborcza. Magazyn świąteczny, 2.-3.9.2017, 15-16.

Butler, Judith, 1991: Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/M.

Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS): http://www.cbos.pl/PL/trendy/trendy.php?trend_parametr=sytuacja_polityczna (1.3.2018).

Chołuj, Bożena, 2003: Die Situation der Frauen-NGOs in Polen an der Schwelle zum EU-Beitritt. In: Miethe, Ingrid/Roth, Silke (Hg.): Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa. Opladen, 203-225.

Chołuj, Bożena, 2014: Mutter Polin und die Situation der Frauen in Polen. In: Hartmann, Kinga (Hg.): Deutsche und Polen. Stereotype, Kommunikationskulturen, wechselseitiges Wissen. Görlitz-Wrocław, 64-87.

Chołuj, Bożena, 2015: „Gender-Ideologie" – ein Schlüsselbegriff des polnischen Antigenderismus. In: Hark, Sabine/Paula-Irene Villa (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 219-237.

Fleck, Ludwik, 1980: Von der Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Frankfurt/M.

Fuszara, Małgorzata, 2004: Unvollendete Demokratie: Frauen, Männer und die Macht in Polen. In: Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hg.): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa II: Die Beitrittsstaaten zur Europäischen Union. Wiesbaden, 81-99.

Fuszara, Małgorzata, 2014: Der Streit um Gender und seine polnische Spezifik. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Internet: http://www.bpb.de/internationales/europa/polen/181932/analyse-der-streit-um-gender-und-seine-polnische-spezifik (10.9.2017).

Hark, Sabine/**Villa**, Paula-Irene (Hg.), 2015: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld.

Hierlemann, Dominik, 2005: Lobbying der katholischen Kirche: Das Einflussnetz des Klerus in Polen. Wiesbaden.

Irigaray, Luce, 1991 (1984): Ethik der sexuellen Differenz. Frankfurt/M.

Klejdysz, Natalia, 2016: Urząd pełnomocnika ds. równego traktowania jako element walki politycznej w Polsce (Das Amt des Beauftragten für Gleichbehandlung als Teil des politischen Kampfes in Polen). Internet: http://ssp.amu.edu.pl/wp-content/uploads/2017/05/ssp-2016-4-02.pdf (20.12.2017).

Kotthoff, Helga, 2003: Was heißt eigentlich doing gender? Differenzierungen im Feld von Interaktion und Geschlecht. Internet: http://www.budrich-journals.de/index.php/fgs/article/viewFile/2636/2186 (14.12.2017).

Kongres Kobiet (Frauenkongress), 2011: Forderungen. Internet: https://www.kongreskobiet.pl/pl-PL/text/kongresy_kobiet/i_kongres_kobiet/postulaty_i_kongresu_kobiet (10.9.2017).

Mezczyzni: Homepage der Organisation Männer des Heiligen Josef. Internet: http://mezczyzni.net/main/ (22.11.2017).

Päpstlicher Rat für die Familie, 2000: Ehe, Familie und „faktische Lebensgemeinschaften". Internet: http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/family/documents/rc_pc_family_doc_20001109_de-facto-unions_ge.html (25.8.2017).

Rubin, Gayle, 2003: Sex denken. Anmerkungen zu einer radikalen Theorie der sexuellen Politik. In: Kraß, Andreas (Hg.): Queer denken. Gegen die Ordnung der Sexualität (Queer Studies). Frankfurt/M., 31-79.

Scott, Joan W., 1994: Gender: eine nützliche Kategorie der historischen Analyse. In: Kaiser, Nancy A. (Hg.): Selbst Bewußt. Frauen in den USA. Leipzig.

Schmidt, Günter, 2009: John Money (1921-2006). In: Sigusch, Volkmar/Grau, Günter (Hg.): Personenlexikon der Sexualforschung. Frankfurt/M., New York, 521-526.

Snyder, Timothy, 2017: Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand. München.

Staśkiewicz, Joanna, 2018: Katholische Frauenbewegung? Katholische (Frauen)Organisationen in Polen nach 1989 und ihre Handlungsstrategien. Bielefeld (i.E.).

Stępkowski, Aleksander, 2014: O idei równości do inżynierii społecznej. (Von der Gleichheitsidee zur Idee der gesellschaftlichen Ingenieure). In: Sosnowski, Leszek (Hg): Dyktatura Gender (Genderdiktatur). Kraków, 114-126.

Zielińska, Eleonora, 2002: Polska: Równość szans kobiet i mężczyzn w zatrudnieniu i ubezpieczeniach społecznych. (Polen: Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialversicherung) In: Program Monitoringu Akcesji do Unii Europejskiej. Równość szans kobiet i mężczyzn. Raporty Krajowe. Internet: http://www.batory.org.pl/upload/images/okladki_ar (11.3.2018).